

Über kurz oder Lang

Damit Standards wirken

Eine Kolumne von Christina Rieke Lang

Die Höhe einer Treppenstufe oder das DIN-A4-Heft: Standards begegnen uns im Alltag überall. Meist nehmen wir sie kaum wahr, gerade weil sie gut für uns funktionieren. In der Verwaltungsdigitalisierung tun wir uns dagegen schwer damit. Dabei könnten gemeinsame Standards bessere Services für Bürgerinnen und Bürger ermöglichen und aufgrund von Interoperabilität und Nachnutzbarkeit zugleich den Aufwand für die Verwaltung erheblich reduzieren.

Warum ist das so? Ein Grund ist der Irrglaube, dass allein Verbindlichkeit für ihre Durchsetzung sorgt. Analysen zur tatsächlichen Einhaltung von Standards und Richtlinien zeigen: Nur weil eine Vorgabe verpflichtend ist, wird sie in der Praxis noch lange nicht flä-

chendeckend angewendet. Gerade im föderalen System bleiben Richtlinien allzu oft wirkungslos. Die geltenden Standards in der Verwaltung sind oft unbekannt oder für den Arbeitsalltag zu kompliziert, zum Teil sogar widersprüchlich.

Standards nutzerzentriert entwickeln

Um das zu ändern, müssen wir bereits bei der Standardsetzung umdenken. Standards, die im stillen Kämmerlein erdacht werden, sind zum Scheitern verurteilt. Stattdessen braucht es Praxisbezug, Partizipation und Nutzerorientierung. So entwickelt wurde etwa der Servicestandard, der als zentraler Qualitätsstandard Verwaltungsmitarbeitenden und ihren IT-Dienstleisterinnen und -leistern hilft, gute digitale Angebote zu entwickeln und zu betreiben.

Dafür haben wir zunächst knapp 60 Expertinnen und Experten interviewt. Wir wollten herausfinden, anhand welcher konkreten Kriterien in Entwicklungsprojekten sich Qualität prüfen lässt und welche Methoden und Werkzeuge dabei unterstützen können. Im Anschluss erfolgte die Formalisierung des Ser-

vicestandards als DIN SPEC 66336 – in nur drei Monaten. Gemeinsam mit 54 Expertinnen und Experten aus 40 Organisationen haben wir sie erarbeitet. Bund, Länder und Kommunen saßen mit Start-ups, IT-Dienstleistenden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft an einem Tisch. Wer die Verwaltung kennt, weiß: Eine so breite und zugleich schnelle Zusammenarbeit ist selten. Sie stellt aber sicher, dass Standards nicht an der Realität der Ämter vorbei geschrieben werden.

Befähigung als Kernstück des Rollouts

Steht der Standard formal fest, beginnt die eigentliche Arbeit. Verwaltungsmitarbeitende, die IT-Projekte verantworten, müssen in die Lage versetzt werden, die neuen Vorgaben zu kennen und im Alltag anzuwenden. Dafür braucht es konkrete Werkzeuge und eine verlässliche Begleitung – eine zentrale Erkenntnis aus der Entwicklung des Standards und den zahlreichen Gesprächen mit den Nutzenden in den Ämtern.

Um den Servicestandard mit seinen 13 leicht verständlichen Prinzipien in die Fläche zu tragen, setzen wir auf ein vielseitiges Unterstützungsangebot. Wer eine Frage hat, erreicht über unsere Hotline montags und freitags von

11 bis 14 Uhr einen persönlichen Ansprechpartner. Auf der Website (servicestandard.gov.de) zeigen wir konkrete Schritt-für-Schritt-Anleitungen zur praktischen Anwendung. Diese Leitfäden erklären beispielsweise, wie sich rechtliche Hürden frühzeitig identifizieren lassen und wie Fachbereiche wie Legal-Design oder Datenschutz rechtzeitig eingebunden werden können.

Ein weiterer wichtiger Baustein sind konkrete Anwendungsbeispiele aus der Praxis. Mitarbeitende aus der Verwaltung berichten anschaulich, wie sie unter Einhaltung des Servicestandards mit den Aufgaben und Herausforderungen konkreter Digitalisierungsprojekte umgehen. So zeigt der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, wie sich eine Personalabteilung konsequent an den Bedürfnissen der Fachdezernate ausrichtet. Ganz im Sinne von Prinzip eins des Servicestandards: „Nutzende verstehen und Bedürfnisse erkennen.“ Das Amt Süderbrarup wiederum macht Prinzip Nr. 10 („Open Source nutzen und Code teilen“) am Beispiel eines smarten Gemeinschaftskalenders greifbar.

Und wer nicht nur Informationen finden möchte, sondern den direkten Austausch mit Service-Expertinnen und Experten sucht

oder sich für sein eigenes Projekt unabhängiges Feedback wünscht, kann die sogenannten Peer-Reviews nutzen. In diesem Format analysieren Fachleute gemeinsam mit dem Projektteam den aktuellen Stand, gehen die Kriterien des Servicestandards praxisnah durch und geben konstruktives Feedback auf Augenhöhe.

Wirkung in der Breite

Für uns steht deshalb fest: Standards setzen sich nicht allein dadurch durch, dass sie beschlossen werden. Entscheidend ist, dass sie von Anfang an nutzerzentriert und praxistauglich entwickelt werden und dass ihre Anwendung konsequent eingefordert, begleitet und unterstützt wird. Das gilt für den Servicestandard ebenso wie für andere Standardisierungsvorhaben.

So werden Standards mehr als bürokratische Vorgaben. Richtig gestaltet und umgesetzt, werden sie zu einem wirksamen Hebel für bessere digitale Services, weniger Aufwand und mehr Geschwindigkeit in der gemeinsamen Verwaltungsdigitalisierung – und damit zu einem wirksamen Instrument, um das politische Versprechen einer modernen Verwaltung nicht nur punktuell, sondern in der Breite einzulösen.



Christina Rieke Lang ist Chief Executive Officer (CEO) des DigitalService.
Foto: BS/DigitalService GmbH

Am 31. Dezember 2026 stellt Microsoft den Office Online Server (OOS) ein – eine Entscheidung, die die öffentliche Verwaltung bereits jetzt vor eine Herausforderung bei der digitalen Souveränität stellt. Seit Jahren nutzt der öffentliche Sektor Microsofts OOS für lokal betriebene SharePoint-Server, um Nutzerinnen und Nutzern das Öffnen, Bearbeiten und gemeinsame Editieren von Microsoft-Office-Dateien sowie deren Vorschau zu ermöglichen – geschützt durch die mehrschichtige Sicherheit einer On-Premises-Umgebung.

Ab dem 1. Januar 2027 erhält OOS keine weiteren Sicherheitsupdates, Fehlerbehebungen und keinen technischen Support mehr. Microsofts einzige Empfehlung an sämtliche Kunden: die Dokumentenbearbeitung mit einem Microsoft-365-Abonnement in die Microsoft-Cloud zu verlagern.

Wendepunkt für die öffentliche Verwaltung

Für den öffentlichen Sektor, der an Datenresidenzpflichten nach DSGVO, BDSG und den jeweiligen Landesdatenschutzgesetzen gebunden ist, ist diese Empfehlung schlicht nicht umsetzbar. Bund, Länder und Kommunen haben sich gezielt für einen lokal betriebenen SharePoint und OOS entschieden, um Bürger- und interne Daten unter eigener Kontrolle zu behalten.

Microsofts Ankündigung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Deutschland mit dem Vergabebeschleunigungsgesetz digitale Souveränität als Kriterium für öffentliche Vergabeentscheidungen verankert hat – das erste deutsche Gesetz, das dies explizit tut. Auch auf EU-Ebene weisen die Open-Source-Strategie der Europäischen Kommission und der geplante Cloud und AI Development Act

On-Premises-SharePoint-Kunden haben das Nachsehen

Datenschutz und Compliance in Gefahr

(BS/Thorsten Behrens*) Öffentliche Einrichtungen, die einen lokal gehosteten SharePoint betreiben, sitzen auf einer tickenden Zeitbombe: Microsoft stellt den Support für den on-prem Office Online Server ein – eine zentrale Komponente zum Bearbeiten, zur Zusammenarbeit und sogar zur Vorschau von Dokumenten. Collabora Online, eine bekannte, quelloffene Office-Suite, wurde hingegen gezielt als direkt einsetzbare Alternative entwickelt.



Ab dem 1. Januar 2027 erhält der Office Online Server – die Dokumenten-Engine hinter einem lokal betriebenen SharePoint – keine Sicherheitsupdates, Fehlerbehebungen und keinen technischen Support mehr.

Foto: BS/Richard Brock, KI-generiert

in dieselbe Richtung: hin zu offener, selbst kontrollierter digitaler Infrastruktur – und weg von der Abhängigkeit von einer Handvoll außereuropäischer Anbieter.

Collabora Online als unmittelbar einsetzbare Lösung

Es bleiben damit drei gangbare Wege: Erstens die Rückkehr zur reinen Desktop-Bearbeitung – ein deutlicher Rückschritt ohne Browserbearbeitung und ohne Echtzeit-Zusammenarbeit. Zweitens die Migration von SharePoint zu einem alternativen System. Oder drittens: die Suche nach einem Ersatz für OOS, um die lokale Installation zu erhalten. Glücklicherweise gibt es für den öffentli-

chen Sektor bereits eine etablierte Open-Source-Alternative zu OOS, die schon heute von zahlreichen Behörden in Deutschland eingesetzt wird: Collabora Online – eine leistungsstarke, quelloffene Online-Office-Suite, abgesichert durch professionelle Service-Level-Agreements (SLA) und technischen Support von Collabora Productivity in Hamburg.

Collabora Online baut auf offenen Standards auf und nutzt dasselbe WOPI-Protokoll wie Microsofts OOS. Damit ist es eine sofort einsetzbare Lösung: Die Installation von Collabora Online und die Umleitung der WOPI-Anbindungen von SharePoint werden zu einer einfachen Konfigurationsänderung –

nicht zu einem Architekturwechsel.

Mit Collabora Online kann eine Organisation selbst hosten, eine private Cloud-Lösung einrichten oder einen hybriden Ansatz verfolgen, sodass die Dokumentenbearbeitung innerhalb der eigenen Infrastruktur und unter eigener Kontrolle bleibt. Bestehender Storage und bestehende Berechtigungen bleiben unverändert. Da es sich zudem um eine Open-Source-Lösung handelt, bedeutet der Umstieg auf Collabora Online nicht, eine proprietäre Abhängigkeit durch eine andere zu ersetzen.

Aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer ändert sich wenig: Sie öffnen und bearbeiten weiterhin wie gewohnt DOCX-, XLSX- und PPTX-Dateien sowie Open-Document-Format-Dateien (ODF) direkt im Browser aus SharePoint heraus. Der einzige Unterschied ist, welches unterstützte Produkt im Hintergrund die Bearbeitung übernimmt.

Vertrauenswürdiger Partner in ganz Europa

Für viele Leserinnen und Leser ist Collabora längst ein bekannter, vertrauenswürdiger Name. Collabora treibt gemeinsam mit seinen Partnern die großen europäischen Office-Migrationen voran, die sich für quelloffene digitale Souveränität einsetzen. Collabora Online ist bereits fest in Deutschlands eigene souveräne Arbeitsumgebung openDesk integriert – als Lösung für Dokumentenbearbeitung und

Zusammenarbeit, bereitgestellt durch das Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS). Für Behörden, die bereits in dieses Ökosystem investiert haben oder es in Erwägung ziehen, ist der Ersatz von OOS durch Collabora Online keine Abkehr von der langfristigen Strategie, sondern ein hilfreicher erster Schritt.

Die eigentliche Lehre für den öffentlichen Sektor geht jedoch über die Einstellung eines einzelnen Produkts hinaus. Digitale Souveränität hängt vom gesamten Dokumenten-Stack ab – Dateiformaten, Bearbeitungs-Engines, Integrationspunkten, dem Modell für Langzeit-Support und der Roadmap – nicht allein davon, wo Dokumente heute gespeichert sind. Doch für Behörden, die diesen Software-Stack angesichts des nahenden Support-Endes von Office Online Server nun auf ihre regulatorischen Anforderungen prüfen, gibt es eine sofort einsetzbare, quelloffene Alternative von Collabora und unseren Partnern – mit der Ihre Daten auch ab Januar 2027 unter eigener Kontrolle bleiben.

**Thorsten Behrens ist Geschäftsführer Deutschland bei Collabora Productivity.*

Jetzt Kontakt aufnehmen

Für Behörden, die Office Online Server betreiben, läuft die Zeit davon – jetzt ist der richtige Moment, um die eigenen Abhängigkeiten zu prüfen. Collabora bietet schon heute Beratung und Integrationsunterstützung an. Testen Sie gleich unsere sofort einsetzbare Lösung – die Collabora Online Development Edition – oder nehmen Sie Kontakt mit unserem Team auf: sales@collaboraoffice.com